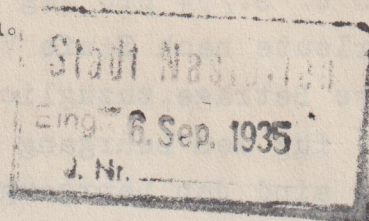


Der Regierungs-Präsident.
I. - 3 S. 30¹¹ E. c. Nr. 225/35.

Wiesbaden, den 30. August 1935.

Betrifft: Ausbildung der Feuerwehr
im Gasspüren u. Entgiften.

Bezug: Reg. Verfg. v. 18. 4. 1935
I - 3 L. 30¹¹ E. c. Nr. 99/35.



Die Ausbildung der Feuerwehrleute des dortigen
Kreises findet in der Zeit vom
..... 7. - 10. 10. 35.
in der Jugendherberge Wiesbaden, Händelstraße 17 statt.

Ich ersuche, die Ortspolizeiverwalter anzuweisen,
die in der anliegenden Liste aufgeführten Personen
zu dem Lehrgang abzuordnen.

Die Lehrgangsteilnehmer werden in der Jugend-
herberge untergebracht und verpflegt.

Die Verpflegung beginnt am ersten Tage mit dem
Mittagessen und endet am letzten Tage mit dem Mittag-
essen.

Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung
betragen 8,- RM pro Person. Dieser Betrag ist von
den Ortspolizeiverwaltern entspr. der Teilnehmerzahl
bis zum 25. 9. 35 - genau - an die Regierungshaupt-
kasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt am Main
Nr. 6812 zu überweisen.

An
den Herrn Landrat

Den

in Karl St. Gvarshansen

für Legat. Kaslatten.

Der Landrat St. Gvarshansen 5. Sep. 1935

Gesehen

Den Lehrgangsteilnehmern stehen an Beschäftigungstagesgeldern zu :

Feuerwehrführer nach Stufe IV Rd. Erl. d. M. d. J. vom 4.4.1934

-II. 4340 b. S./54 pro Tag 2,50 = 10,-- RM.

Feuerwehrleute nach Stufe V pro Tag 2,25 = 9,-- RM.

Diese Beträge, zuzüglich des Eisenbahnfahrgeldes 3. Klasse, (für den Lehrgang werden 50 % Fahrpreisermäßigung gewährt) sind den Lehrgangsteilnehmern von den Ortspolizeiverwaltern vor der Abreise zu zahlen. Die Beträge sind vor-schußweise zu verrechnen. Über die endgültige Verrechnung folgt demnächst Verfügung.

Reisetag für die Hinreise ist der Vormittag des ersten, für die Rückreise der Nachmittag des letzten Tages.

Die Lehrgangsteilnehmer sind anzuweisen, die Reise so frühzeitig anzutreten, daß sie am ersten Tage bis 12 Uhr in der Jugendherberge eintreffen.

Sollte eine der obengenannten Personen an der Teilnahme verhindert sein, ist im Einvernehmen mit dem Kreisfeuerwehrführer eine Ersatzperson abzuordnen.

Für die Ortspolizeiverwalter sind beigefügt

.....² Formulare "Einberufung zum Lehrgang"

.....² Merkblätter für die Lehrgangsteilnehmer.

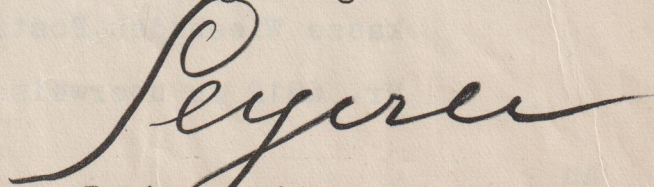
.....¹ Listen der Lehrgangsteilnehmer.

Die Formulare sind von den Ortspolizeiverwaltern auszufüllen und mit dem Merkblatt den abgeordneten Personen zu übergeben.

Der Stundenplan wird den Teilnehmern vor Beginn des Unterrichts hier übergeben.

gez. Zschintzsch.

Beglaubigt:



Regierungsbüroassistent.

Teilnehmer am Lehrgang zur Ausbildung
der Feuerwehr im Gasspüren und Entgiften
vom 7. bis 10. 10. 35.

| | | | |
|-----------------|------------------------------|---------------------|-----------------------------|
| St. Goarshausen | Krs. Führer Wehrmann " | - Rudolf Karl | Groeff Voigt Nicolaus |
| Kaub | Wehrmann " | Heinr. Erich | Haag Jost |
| Braubach | H. Brandmstr. Wehrmann | Rich. Aug. | Ott Römer |
| Niederlahnstein | Löschmstr. " | Herm. Jak. | Donath Faßbender |
| Oberlahnstein | H. Brandmstr. Wehrmann | Karl Peter | Hoppe Schröder |
| Nastätten | O. Brandmstr. Löschmstr. | | Dauer Wilding |

N. 16 36.
Am 10. Juli 1936 vorgelesen.
#

N. 17 36.
Am 20. Juli 1936 vorgelesen.
#

D.B.
U.

N. 24 36

1. Also die mit gezeigten Entwürfe
sind abmündungsmäßige Kreis-
abgrenzungen gezeichnet.
#
 2. Die Befolge müssen schon von den
übernommenen werden.
#
 3. In der Mitte
#
- 24-17

U.
U.

#

M. Mq. 35.

1. Aufgabensammlung über 16. M. vollständig.
Das Lösung ist in die Revisionskassensammlung
in Wiesbaden zu übersetzen.
#

2. Aus Wiesbaden.

Mq. 35
Am 1. Oktober vollständig

Gb.

M. 5. 10. 35.

1. Am Lösung am 26. 40 R. ist
eingetragen.
#

2. Am 25. 10. vollständig.
#

1/10

M. 25/1083.

1. Es bleibt die Anst. des Regiments bezgl.
des Ausganges des Posthills abzuwarten.

2. Am 15. u. d. d. d.

M. 16/1083

Am 15. Januar 36 d. d. d.

M. 16/1083

Am 5. Januar 36 d. d. d.

Am 5. Januar 36 d. d. d.

M. 16/1083

Am 20. März 36 d. d. d.

M. 20/1083

Am 20. April 36 d. d. d.

Am 20. Mai 36 d. d. d.

M. 20/1083

Am 10. Juni 36 d. d. d.

M. 20/1083

M. 20/1083

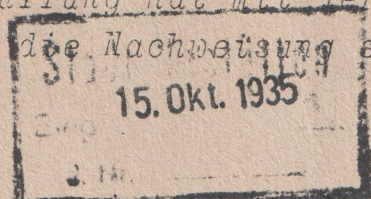
Der Landrat.

St. Goarshausen, den 15. Oktober 1935.

L.Nr. 842.

Unter Bezugnahme auf meine Rundverfügung vom 20. April 1934 -L.Nr. 742- übersende ich anliegend die Übersicht über die Feuerlöscheinrichtungen mit dem Ersuchen, diese Übersicht nach dem Stande vom 1. Oktober ds. Js. (statt 1. April 1935) zu berichtigen und mir bis zum 10. November ds. Js. unerinnert wieder vorzulegen.

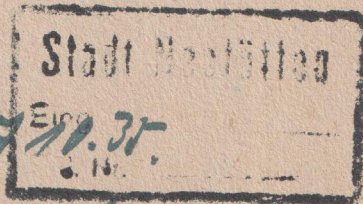
Die Ausfüllung hat mit der grössten Sorgfalt zu geschehen, weil die Nachweisung sonst ihren Zweck nicht erfüllen kann.



Dr. Brunnträger.

An

die Herren Bürgermeister
des Kreises.



Dr. Brunnträger
1. J. Stiller hat die Liste 25. 10.
a. von 1. H. v. d. Hagen abg.
cf.

Am 25. 10. 1935.
d.

1. An

N. 28/10 35

Der Gewerkschaft

N. Gewerkschaft

zur Befug. vom 20. 4. 1934, 15. 10. 1935 L. No. 742

1. mal. W. 28/10 35.

Minister wird die Aufrechterhaltung
und Durchführung des Geschäfts abgelehnt
abgelehnt.

2. An 20. 9. 1936 vorgelegt

N. 24/36. #

An 20. #

St. vorgelegt

N. 20/3 36

An 20. Anord. vorgelegt

An 20. 9. 1936

St. +
A.

+

St. +
A.

#

St. #
A.

N. 24936.

Ann 10. 11. 1986 wolkig
Hg.

N. 24936

Ann 20. Sen. 37
wolkig.
+

Hg. #

Hg.

N. 24931.

Ann 20. Regulus mes-
siger. # Hg. +

N. 24934.

Ann 25. März 1987 wolkig

N. 20937. #

Ann 20. Juni 1937 wolkig. Hg. #

#

Hg. #

Hg.

10/11

Der Landrat.

St. Goarshausen, den 12. April 1935.

L. Nr. 640.

15. April 1935

Der Provinzialfeuerwehrverband hat die Haftpflichtversicherungen für die Freiwilligen Feuerwehren gekündigt. Die Versicherung ist am 11. ds. Mts. erloschen..

Es ist beabsichtigt, einen neuen Kollektivhaftpflichtversicherungsvertrag für die Feuerwehren des ganzen Kreises abzuschliessen, ich ersuche zunächst jedoch um Bericht bis zum 25. d. Mts., ob nicht etwa in eine bestehende Gemeindefahtpflichtversicherung die Freiwillige Feuerwehr und die Pflichtfeuerwehr eingeschlossen ist. Verneinendenfalls bleibt die Zahl der zu versichernden Pflichtfeuerwehrleute anzugeben. Die Mitgliederzahl der Freiwilligen Feuerwehr ist bekannt.

Ich bemerke noch, dass die Gemeinden nach den gesetzlichen Bestimmungen für Haftpflichtschäden der Feuerwehrleute die im Auftrage des Ortpolizeiverwalters tätig werden, haften. Es müssen daher auch die Prämien, deren Höhe vielleicht 6 \$ je Kopf betragen wird, von den Gemeinden, die sich der Kollektivhaftpflichtversicherung anschliessen, dem Kreisfeuerwehrverbände erstattet werden.

Für Pferde sind die besonderen Tarifsätze massgebend. Autos werden in den Kollektivvertrag nicht einbezogen.

Dr. Brunnträger.

An

den Herrn Bürgermeister
in

Haftpflicht

Zur Mts. vom 12. 4. 35

bet. Haftpflichtversicherung der Feuerwehr.
zu dem für abzuschliessen Haftpflichtversicherung
muss die Gemeinde die Prämie mit
einbezogen. Haftpflichtversicherung kostet für Kreis umf.
nur noch freiwillig.

Ch.

Abschrift.

Hessen-Nassauischer
Provinzialfeuerwehrverband.
Nr. 490/00

Kassel, den 4. März 1935.

An sämtliche
Herren Kreisfeuerwehrführer des
Hessen-Nassauischen Provinzialfeuerwehrverbandes.

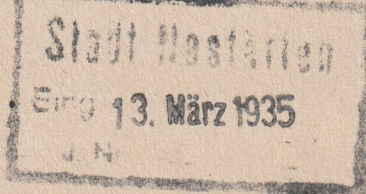
In letzter Zeit sind mir einige Fälle gemeldet worden, in denen die Führer von freiwilligen Feuerwehren von Bürgermeistern oder Ortsgruppenleiter der NSDAP abgesetzt und andere Führer ernannt worden sind. Ich ersuche Sie in Ihrer Eigenschaft als Organ Ihres Landrates die Ortspolizeiverwalter darauf aufmerksam zu machen, dass die Ernennung und Abberufung der Führer von freiwilligen Feuerwehren ausschliesslich dem Provinzialfeuerwehrführer zusteht. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden habe ich dieses Recht auf den stellvertretenden Provinzialfeuerwehrführer, Herrn Bezirksfeuerwehrführer Branddirektor Diel, Wiesbaden, übertragen. Ich werde nicht dulden, dass irgendwie in meine Befugnisse eingegriffen wird. Ist irgendein Feuerwehrführer für die Partei, für den Staat oder für die Gemeinde aus irgend welchen Gründen nicht mehr tragbar, dann ist mir bezw. Herrn Branddirektor Diel, Bericht zu erstatten, damit das Erforderliche veranlasst und in die Wege geleitet werden kann. In jedem Falle darf die Abberufung irgendeines Feuerwehrführers nur durch mich bezw. durch Herrn Branddirektor Diel erfolgen.

Heil Hitler !

gez. Goldbach.

Der Kreisfeuerwehrführer
des Kreises St. Goarshausen.
Fernsprecher Nr. 244
Tagebuch Nr. 28
Postscheckk. Frankfurt a.M. Nr. 62266

St. Goarshausen, den 11. März 1935.



An
sämtl. Ortspolizeibehörden des Kreises.

Abschrift zur gefl. Kenntnisnahme.

G r o e f f .

Ausgefertigt:

Adjutant.

AK-M

M. 18/385
Ju. dan

W.

Der Regierungspräsident.

I 6 b/c.H.Nr. 112 II.

Abschrift.

Wiesbaden, den 24. Februar 1935.

Betrifft: Feuerlöschwesen.

Nach § 2 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 15. Dezember 1933 hat die Feuerwehr im Auftrage des Ortspolizeiverwalters die Gefahren abzuwehren, die der Allgemeinheit oder dem Einzelnen durch Schadenfeuer drohen. Damit wird in eindeutiger Weise festgelegt, dass der Ortspolizeiverwalter die Verantwortung für das Vorhandensein einer leistungsfähigen Feuerwehr im Sinne des § 1 des Gesetzes aaO. und eines vorbeugenden Feuerschutzes trägt. Diese Verantwortung bezieht sich sowohl auf das Vorhandensein einer leistungsfähigen Wehr in personeller als auch in sachlicher Hinsicht. Der Ortspolizeiverwalter trägt die Verantwortung dafür, dass die Feuerwehr den örtlichen Verhältnissen entsprechend ausgerüstet ist und die zur Ausrüstung gehörigen Geräte sich stets in bestem und gebrauchsfähigem Zustande befinden. Nur dann kann die Feuerwehr den Charakter einer einsatzbereiten schlagfertigen Polizeitruppe in Anspruch nehmen.

Die Ausrüstung der Wehr, die Feuerlöschgeräte, Hydranten, Schläuche, Fahrzeuge, Motorspritzen, Gerätehäuser, die Feuermelder und die Alarmeinrichtungen, die Wasser- und Pumpstationen, Löschteiche, Übungsfelder, Steigertürme müssen stets in bester Verfassung sein. Das Gerätehaus ist ausschliesslich für Feuerlöschgeräte da, nicht zur Lagerung sonstiger Gegenstände, insbesondere nicht zur Lagerung von Gemüse- und Kartoffelvorräten oder gar als Stall für Haustiere. Die besten Schläuche nützen nichts, wenn die Dichtungsringe unbrauchbar oder gar die Spritzen selbst verrostet oder aus anderen Gründen nicht verwendbar sind. Die Einrichtung gemeinsamer Schlauchwäschereien (vgl. Abs. 2 d. Rd. Erl. d. M. d. J. v. 16. 10. 34 - II v. 2543 - Ministerialblatt i. Verw. Seite 1324) ist dringend zu empfehlen. Auch das Vorhandensein von Handfeuerlöschgeräten ist zwecklos, wenn der einzelne Wehrmann es nicht versteht, mit ihnen umzugehen.

Voraussetzung eines gesicherten Brandschutzes ist die Anlage eines Löschwasserversorgungsplanes. Die Ortspolizeibezirke müssen entsprechend den vorhandenen Wasserentnahmestellen in Abschnitte eingeteilt werden, sodass jeder Wehrmann weiss, wo sich im Falle des Ausbruches eines Brandes die nächste Wasserentnahmestelle befindet. Auf die Notwendigkeit der Anlage von Feuerlöschteichen wird hingewiesen.

Es ist natürlich nicht notwendig, dass der Ortspolizeiverwalter die Ausrüstung der Feuerwehren nunmehr innerhalb einiger Monate durch Beschaffung neuer Uniformen und neuen, modernsten Geräten auf den vollkommenen Stand zu bringen versucht. Das ist schon aus finanziellen Gründen nicht möglich. Der Ortspolizeiverwalter muss jedoch bestrebt sein, das Ziel der vollkommenen Ausrüstung der Wehr innerhalb eines Zeitraumes von etwa 3 Jahren durch allmähliche Anschaffungen

zu

zu erreichen. Aus diesem Grunde sind die erforderlichen Beträge gemäss §§ 17 und 18 des Gemeindefinanzgesetzes vom 15. Dezember 1933 (G.S. Seite 442) in den Haushaltsplan einzustellen. Die vorgesehene Neubeschaffung schliesst aber nicht aus, dass das Vorhandene sich stets in sauberem bestem und einsatzbereitem Zustande befindet.

Alle die Feuerwehr betreffenden Angelegenheiten hat der Ortspolizeiverwalter stets im engsten Einvernehmen mit dem zuständigen örtlichen Wehrführer und dem Kreisfeuerwehrführer zu regeln. Der Ortspolizeiverwalter bleibt jedoch persönlich dafür verantwortlich, dass die örtlichen Feuerwehren und deren Ausrüstung sich stets in bester Ordnung und in einem muster-gültigen Zustande befinden. Die Ortspolizeiverwalter haben jährlich wiederholt ihre Wehren zu besichtigen und sich über den ordnungsmässigen Zustand der Wehrausrüstung, Geräte usw. zu vergewissern. Ich behalte mir unvermutete Revisionen vor und werde bei festgestellten erheblichen Mängeln die Ortspolizeiverwalter zur Rechenschaft ziehen.

Die Aufsichtsbehörden ersuche ich hiermit dringend, auch ihrerseits dem Feuerlöschwesen ein besonderes Interesse zu widmen, die Beachtung vorstehender Grundsätze sicherzustellen und sich auch selbst häufig über den ordnungsmässigen Stand der Feuerwehren des Kreises zu unterrichten.

In Vertretung.

gez. Dr. Mischke.

An die Herren Landräte des Bezirks pp.

Stadt Maststätten

Der Landrat. - 9. März 1935 St. Goarshausen, den 6. März 1935.
I. Nr. 508

Abchrift zur gefl. genauen Beachtung. Ich erwarte, dass nunmehr in sämtlichen Gemeinden die Feuerwehr und die Löscheinrichtungen auf eine solche Höhe gebracht werden, dass bei den bevorstehenden Revisionen nichts mehr zu bemängeln ist.

Dr. Brunnträger.

An
die Herren Bürgermeister
bezw. Gemeindeschulzen des Kreises.

Dr. Brunnträger

11. 19/3 35
1. Die Löscheinrichtungen sind in Ordnung
#

2. In den Orten
#

24. 4

11. 19/3 35

#

W.

Abschrift.

Der Regierungspräsident. Wiesbaden, den 25. Februar 1935.
I 6 b.e.B.Nr. 87.

Ich habe auf Grund ministerieller Anweisung meinen feuerwehrtechnischen Berater, Herrn Branddirektor Diel in Wiesbaden, beauftragt, alljährlich einmal jeden Kreis in seiner Eigenschaft als mein feuerwehrtechnisches Organ zu bereisen und dabei sämtliche örtliche Feuerwehren, sei es einzeln, sei es bei gemeinsamen Feuerlöschübungen unter Inanspruchnahme der nachbarlichen Löschhilfe, gründlich zu überprüfen.

Neben diesen planmässigen Überprüfungen ist dafür Sorge zu tragen, dass Branddirektor Diel von allen grösseren Bränden sofort Nachricht erhält, damit er sich unverzüglich an Ort und Stelle begeben kann, um die Leitung der Feuerwehren am Brandort zu übernehmen.

Ich ersuche ergebenst, den Ihnen von meinem feuerwehrtechnischen Berater unmittelbar zugehenden Ersuchen, wie Benachrichtigung der Ortspolizeibehörde über stattfindende Überprüfungen, Abstellung vorgefundener Mängel usw. Folge zu leisten und ihn in jeder Weise zu unterstützen.

gez. Zschintzsch.

An die Herren Landräte des Bezirks pp.

Der Landrat.

St. Goarshausen, den 5. März 1935.

L.Nr. ./.

Abschrift zur Beachtung.

An

den Herrn Bürgermeister
in

Kupfershausen.

Kommträger

24-7

M. 8/3 35
In dem Anst.
SA.
St.

Abchrift.

Der Regierungspräsident.

Wiesbaden, den 28. Mai 1935.

I. 63/c. 2. 1825.

Die Nassauische Brandversicherungsanstalt Wiesbaden hat zur Sprache gebracht, dass in letzter Zeit wiederholt auf Anordnung von Bürgermeistern oder Landräten Motorspritzen und Schläuche zum Leerpumpen von Gruben entliehen worden sind. In früheren Zeiten, als die Motorspritzen noch nicht in den Gemeinden vorhanden waren, haben die Grubenbesitzer Geräte zum Entwässern ihrer Anlagen bereitgehalten. Heute, wo Gewerbe und Industrie in reichlicher Masse mit allen möglichen Maschinen ausgestattet sind, könnten wohl kleinere Grubenbetriebe, die nicht in der Lage sind, eine maschinelle Pumpanlage zu erstellen, für billiges Geld geeignete Maschinen leihen.

Die Motorspritzen und Schläuche der Feuerwehren können nur dann in betriebsfähigem Zustande erhalten werden, wenn zum Pumpen reines Wasser verwendet wird. Da das in Gruben einge-
drungene Wasser in allen Fällen schlammig oder sandig ist, in
manchen Fällen sogar angreifende chemische Bestandteile ent-
hält, so kann es nicht ausbleiben, dass die zum Anpumpen von
Gruben verwendeten Motorspritzen und Schläuche in jedem Falle
schweren Schaden erleiden. Selbst wenn diese schädlichen
Voraussetzungen in einigen Fällen nicht vorliegen sollten, so
dürften die Motorspritzen, die allgemein 3000 Umdrehungen in
der Minute machen, einen Dauerbetrieb von mehreren Tagen nicht
aushalten, ohne dass teure Instandsetzungen erforderlich werden.
Die Schläuche, die zum Entwässern von Gruben Verwendung finden
sind mit Bestimmtheit für Feuerlösch- und Luftschutzzwecke
nicht mehr zu verwenden, weil sie infolge des langanhaltenden
Druckes unbrauchbar geworden sind.

Die Haessliche Brandversicherungsanstalt lehnt es ab, die Kosten für Instandsetzungen der auf diese Art beschädigten Motorapritzen und Schläuche zu übernehmen.

Wenn die Verwendung und Pflege der Feuerwehrrgeräte nicht seitens der Behörden streng überwacht wird, so ist zu befürchten, dass in Falle eines Brandes Leben und Eigentum der Volksgenossen nicht geschützt werden können.

Joh ordne daher an, dass die Motorspritzen und Schläuche nur für Feuerlösch- und Luftschutzzwecke und zur Rettung von Menschen Verwendung finden.

In Vertretung
gez. Dr. Mischke.

An die Herren Landräte des Bezirke

Der Landrat.
L.Nr. 1140.

St. Georgshausen, den 3. Juni 1935.

Absehrift zur Bezeichnung

An die Herren Bürgermeister der Gemeinden

鈕

Курьин

Stadt

Eing. 5. Juni 1935

d. Ni

M. 76 83

In der Gasse

24

24-4

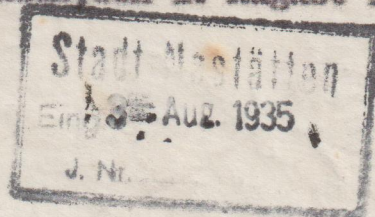
47.

Der Landrat.

St. Goarshausen, den 1. August 1935.

L. ./.

G e h e i m !



betr. Feuerschutz der Dachräume.

1. Versuche haben folgende Forderungen ergeben :

a) Schutz des Dachstuhles.

Bei bestehenden Wohngebäuden ist das Holzwerk des Dachstuhles mit einem Feuerschutzanstrich zu versehen, nachdem eine gründliche Reinigung der Holzteile von anhaftenden Staub und Kalkspritzern erfolgt ist.

Empfehlenswert ist die Verwendung billiger Mittel, wie : Wasserglas mit Kreide, Kalkmilch, gesättigte Viehsalzlösung, Zementschlamm. Die genannten Schutzmittel weisen zum Teil eine nicht sehr grosse Haftfähigkeit auf und blättern im Laufe der Zeit ab, sodass die Anstriche in mehrjährigen Abständen neu aufzutragen sind. Am günstigsten scheint sich in dieser Beziehung Wasserglas mit Kreide zu verhalten.

Die Art der Aufbringung der Mittel ist von grossem Einfluss auf ihre Wirksamkeit, während beim Anstreichen mit einem Pinsel der Materialverbrauch sehr gering ist, steigt der Verbrauch auf das zwei- und dreifache beim Spritzen mit einem Zerstäubergerät. Dafür gewährleistet die Verwendung von Zerstäubergeräten ein Eindringen des Schutzmittels in die feinen Spalten und Ritzen des Holzwerks.

Besondere Aufmerksamkeit ist den Knotenpunkten der Holzkonstruktionen zu widmen. Durch geeignete Massnahmen muss erreicht werden, dass die Stirnseiten der Holzbalken, die auf andere Holzteile stumpf aufstossen und infolgedessen beim Anspritzen des Schutzmittels nicht erreicht werden können, vor einer Entzündung bewahrt bleiben. Unter Umständen wird es erforderlich sein, die an diesen Stellen befindlichen Fugen mit einer geeigneten Masse, z.B. Gips, auszuspachteln.

Bei Neubauten dürfen für den Dachstuhl nur Hölzer verwendet werden, die nach dem Abbinden der Holzkonstruktion auf dem Aichtplatz imprägniert worden sind. Durch die Imprägnierung wird ein tiefes Eindringen des Schutzmittels in das Holz erreicht und die im eingebauten Zustand nicht mehr zugänglichen Stirnflächen der Balkenköpfe sind in gleicher Weise wie die Seitenflächen geschützt. Dadurch erübrigt sich auch in diesem Falle eine besondere Behandlung der Knotenpunkte.

An den
Herrn Bürgermeister

Mastlitz

b) Schutz der Bodenflächen.

Die Bodenflächen der Altbauten sind mit den gleichen Schutzmitteln zu versehen wie der Dachstuhl. Wesentlich wirksamer sind jedoch die Schutzbeläge, die z.B. aus einem 2 1/2 cm starken Zementestrich auf Papp- oder Sandunterlage bestehen können. Die Frage geeigneter Bodenbeläge ist noch nicht geklärt. Es sind auf diesem Gebiete noch zahlreiche Versuche durchzuführen, um wirtschaftlich tragbare Lösungen zu finden.

Für Neubauten sind „versteifende Branddecken“ vorzusehen, wie sie im Fachausschuss für Luftschutz des Ausschusses für einheitliche technische Baupolizeibestimmungen bereits begrifflich festgelegt worden sind, und nach Inkrafttreten des Luftschutzgesetzes als Baupolizeibestimmungen veröffentlicht werden.

c) Die Beseitigung des Bodeninhalts.

Die Entrümpelung der Dachböden muss nach strengsten Gesichtspunkten weiter durchgeführt werden. Die unter a) und b) genannten Schutzmassnahmen reichen aber zur Erhaltung des Dachraumes nicht aus, um den Dachraum vor Entzündung zu bewahren, wenn die nach der Entrümpelung noch vorhandenen brennbaren Gegenstände durch die Einwirkung von Brandbomben in Brand geraten sind. Es ist daher notwendig, am ersten Tage des Aufrufes des Luftschutzes die Dachböden völlig zu räumen.

Der völlig geräumte Dachboden ist bei Anwendung der unter a) und b) genannten Massnahmen vor der Einwirkung von Brandbomben insofern geschützt, als die Brandgefahr zum mindesten soweit herabgesetzt ist, dass es noch möglich sein wird, etwa brennende Holzteile nach Beendigung eines Luftangriffes, also 1/2 bis 1 Stunde nach Entzündung der Holzteile mit Hilfe von Hausfeuerwehren erfolgreich zu bekämpfen.

2. Nach den s. Zt. erstatteten Berichten war selbst in den Dienstgebäuden die Entrümpelung der Dachböden noch nicht voll durchgeführt. Ich ersuche dafür zu sorgen, dass die Dachböden in den Dienstgebäuden so weit entrümpelt bzw. entleert werden, als es die dienstlichen Belange irgend zu lassen. Auf jeden Fall muss Sorge dafür getragen werden, dass bei Aufruf des Luftschutzes die Dachböden vollständig geräumt werden können.

14-4

Kunze-Träger

Mord. 10. P. 35.

1. Kunze-Träger

2. für den Altkm

#

1. Au John Laweset
H. Gersbaur

Letz. Höhe der freiwilligen Einzahlung

Rückzahl. d. M. d. J. d. 19. 6. 34. I. L. 2339/84 M. Bl. 25/1934 N. 833.

i. vol. W. 84. 35- #

Die Höhe der fiktiven freiwilligen
Zahlung betrug am 1. Juni 1935 54 Mark.

2. Zu den Mieten (4-18).

#

#

Mo.
G.

Der Bürgermeister.

Nastätten, den 31. Juli 1935.

Betrifft Feuerwehrerinnerungszeichen.

Zur Verfügung vom 18. Januar 1934 L.Nr. 129.

Hiermit überreiche ich ein
Verzeichnis der Feuerwehrleute, die für die
Verleihung des Feuerwehrerinnerungszeichen
in Frage kommen.

j. m. L. W. 31/7.35.

#
R. In der Mühle
#

#

1. An

Herrn Landrat

in

St. G o a r s h a u s e n .

Ho.
cy.

#